

Bekanntmachung

Die 10. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 11.12.2018 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 13.11.2018
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 Umbau einer Spielkartenfabrik in eine Moschee
 - 4.2 Stellungnahme des Ausschusses zu einer Bürgeranfrage (Verkehr in der Altstadt)
 - 4.3 Fußgänger Querung am Knieper Damm
Einreicher: Andrea Kühl LINKE offene Liste
Vorlage: AN 0087/2018
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert
Vorsitz

TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Niederschrift der 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 13.11.2018
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Sabine Tiede

Frau Brigitta Tornow

bis 18:00 Uhr

Vertreter

Frau Nicole Dibbern

Herr Mathias Miseler

Herr Tino Rietesel

Vertretung für Frau Maria Quintana Schmidt

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Protokollführer

Frau Madlen Zicker

Gäste

Frau Sarah Cornils

Frau Anne Leddin

Frau Jutta Lüdecke

Frau Regine Günzel

Frau Marlies Koch

Frau Ute Wierlemann

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 18.09.2018
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Vorstellung Frauenschutzhaus
- 4.2 Vorstellung der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund
- 4.3 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 9 Mitglieder zu Beginn anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Dr. Stahlberg geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Stahlberg schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 4.3. auf 4.2. zu verschieben, da die Gleichstellungsbeauftragte Frau Cornils weitere Termine wahrzunehmen hat. Außerdem bittet sie um Einräumung des Rederechts für alle anwesenden Gäste.

In der Folge verschieben sich die übrigen Tagesordnungspunkte entsprechend. Die Abarbeitung der Niederschrift bleibt hiervon unberührt.

Die Tagesordnung wird mit der o.g. Änderung bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 18.09.2018

Die Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 18.09.2018 wird ohne Änderungen/Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Vorstellung Frauenschutzhaus

Frau Dr. Stahlberg begrüßt die Leiterin des Frauenschutzhauses Stralsund Frau Ute Wierle-
mann.

Frau Wierle-
mann teilt mit, dass jede vierte Frau im Laufe des Lebens körperliche oder sexuelle Gewalt durch den Lebensgefährten erfährt. In Deutschland ziehen ca. 45.000 Frauen jährlich in ein Schutzhaus. Die häusliche Gewalt findet überwiegend in der eigenen Wohnung statt und kann psychische sowie physische Gewalt sein. Die Frauen, die das Schutzhaus in Anspruch nehmen, kommen aus allen sozialen Schichten und haben unterschiedliche Einkommen, Bildungsstände sowie Herkunftsländer. Sie nehmen entweder selbst Kontakt mit dem Frauenschutzhaus auf oder werden durch die Polizei und verschiedene Behörden zugewiesen.

Frau Wierle-
mann führt aus, dass das Schutzhaus in Stralsund seit dem Jahr 1993 besteht und aktuell auch zwingend benötigt wird. Das Schutzhaus verfügt über 10 Zimmer mit 23 Plätzen über 3 Etagen sowie einem Gemeinschaftsraum und Außenanlagen. Auf jeder Etage gibt es eine Gemeinschaftsküche sowie ein Gemeinschaftsbad. Der Träger des Frauenschutzhauses ist die AWO Soziale Dienste Vorpommern gGmbH.

Aktuell befinden sich viele ausländische Frauen im Schutzhaus. Laut Frau Wierlemann hat sich das Frauenschutzhaus in der Hansestadt Stralsund zu einem kulturellen Knotenpunkt der Integration entwickelt.

Sie teilt mit, dass im Zeitraum November 2017 bis November 2018 insgesamt 43 Frauen und 62 Kinder im Frauenschutzhaus untergebracht waren. Der Wunsch von Frau Wierlemann ist es, den Personalschlüssel zu erhöhen. Es sind derzeit drei Vollzeitkräfte angestellt, diese zusätzlich eine Rufbereitschaft am Wochenende abdecken.

Frau Wierlemann teilt mit, dass die Kinder viel Unterstützung benötigen. Neben den sprachlichen Barrieren sind es die traumatisierenden Erfahrungen und wirtschaftlichen Notlagen, die die Bewohnerinnen charakterisieren. Sie dankt der Stralsunder Tafel und dem Weißen Ring für die Soforthilfe.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Stahlberg teilt Frau Wierlemann mit, dass mit den ausländischen Frauen in der englischen Sprache gesprochen wird oder ein Dolmetscher herangezogen wird. Das Frauenschutzhaus ist aktuell zur Hälfte mit ausländischen Frauen belegt.

Frau Kindler möchte wissen, wie lang die Frauen sich im Schutzhaus befinden, ob es eine bundesweite Vernetzung der Frauenhäuser gibt und ob freie Platzkapazitäten bestehen. Frau Wierlemann führt dazu aus, dass die Verweildauer der Frauen sehr unterschiedlich ist. Es handelt sich um eine Spanne zwischen 30 Minuten bis zu einem Jahr. Es gibt ein Hilfenetz der Frauenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern, bisher wurde keine Frau aus fehlenden Platzkapazitäten abgewiesen.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn teilt Frau Wierlemann mit, dass sich ca. 60% der Frauen selbst bei dem Frauenschutzhaus melden. Die Adresse des Frauenschutzhauses ist unbekannt, jedoch besteht ein 24h Telefonnotdienst. Die Frauen entscheiden selbst, zu welchem Zeitpunkt sie das Frauenschutzhaus wieder verlassen möchten.

Frau Dibbern stellt die Frage, ob ein Standortwechsel des Frauenschutzhauses in Zukunft in Erwägung gezogen wird. Daraufhin teilt Frau Wierlemann mit, dass sich ein Standortwechsel in Zeiten des Internets als schwierig gestaltet.

Frau Kindler möchte wissen, wie die Sicherheitslage im Frauenschutzhaus ist und ob die Beauftragung eines Sicherheitsdienstes eine Option wäre. Frau Wierlemann teilt mit, dass es in der Vergangenheit Bedrohungen gegeben hat. Für eine Zusatzleistung wie einem Sicherheitsdienst stehen momentan keine finanziellen Mittel zur Verfügung.

Herr Rietesel fragt nach, ob es männliche Opfer in der Hansestadt Stralsund gibt. Laut Frau Wierlemann sind ihr keine Fälle bekannt. Sie teilt mit, dass es diesbezüglich in Greifswald eine Beratungsstelle gibt.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn teilt Frau Wierlemann mit, dass sie unter anderem durch die vielen Kinder im Frauenschutzhaus eine Personalstelle einer Sozialpädagogin oder Erzieherin begrüßen würde.

Frau Tiede fragt nach, ob ehrenamtliche Mitarbeit in Betracht gezogen werden kann. Frau Wierlemann führt dazu aus, dass dies ohne eine Schulung schwer möglich ist, da viele Frauen und Kinder hochtraumatisiert sind. Weiterhin würde sich dadurch die Anonymität des Schutzhauses verringern.

Frau Dr. Stahlberg bedankt sich für die Ausführungen.

zu 4.2 Vorstellung der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund

Frau Leddin berichtet, dass die Interventionsstelle und das Frauenschutzhaus viele gemeinsame Themen bearbeiten und es dennoch Unterschiede gibt, die sie näher darstellt.

Die Finanzierung der Interventionsstelle ist an die Förderrichtlinie gebunden, erfolgt jedoch zu 100 % vom Land.

Die Beratungsstelle bietet u. a. auch Beratungsangebote für Männer, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, an. Diese Beratungen können nicht im Frauenschutzhaus stattfinden, da das Haus ein geschützter Bereich ist. Dementsprechend ist die Interventionsstelle hier Ansprechpartner.

Es wird Krisenintervention angeboten, d.h. es wird eine schnelle Hilfe und Beratung geleistet. Hierbei erfolgt keine Aufnahme der Betroffenen, sondern Aufklärungsarbeit.

Es erfolgt eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei. Die Interventionsstelle wird sich immer betroffenenparteilich verhalten. Dabei handelt es sich um eine proaktive Tätigkeit. Man kann mobil im gesamten Landkreis, vor Ort in der Beratungsstelle Stralsund oder auch telefonisch beraten.

Die Interventionsstelle hat als Alleinstellungsmerkmale im gesamten Landkreis die Beratung männlicher Betroffener sowie die Beratung zur Problematik Stalking. Schwerpunkt ist hier die Beratung Erwachsener, aber auch den mitbetroffenen Kindern und Jugendlichen kann eine Beratung geboten werden.

Neben der Beratungstätigkeit für Betroffene, die persönlich um Unterstützung bitten, wird die Hauptzahl der Beratungsfälle über die Polizei gemeldet. Nach einem Polizeieinsatz, bei dem es um häusliche Gewalt geht, erfolgt immer eine Meldung der Polizei per FAX an die Interventionsstelle, damit diese tätig werden kann. Es gibt eine gesetzliche Regelung, dass die Interventionsstelle alle erforderlichen Informationen erhält, um Kontakt zu den betroffenen Erwachsenen aufnehmen zu können. Bei betroffenen Kindern und Jugendlichen wird das Jugendamt entsprechend informiert.

Beratungsarbeit zur Krisenüberwindung ist die Hauptarbeit der Interventionsstelle. Hierfür wird eine gute Kooperation mit der Polizei, mit dem Frauenschutzhaus, dem Jugendamt und dem Weißen Ring angestrebt.

Netzwerkarbeit ist ebenfalls sehr wichtig. Es findet ein landesweiter Informationsaustausch statt. In Landesarbeitsgemeinschaften gibt es regelmäßige Treffen. Die Fortbildungsarbeit wird ebenfalls sehr gut organisiert. So werden z. B. Polizeischulungen direkt in den Revieren durchgeführt, um sich auch abstimmen zu können, wer welche Maßnahmen trifft bzw. welche Informationen für weitere Beratungen erforderlich sind.

Frau Leddin gibt folgende statistische Zahlen bekannt:

2015	Weiblich	Männlich	Unbekannt	Summe	
Polizeimeldungen	314	42	/	356	
Selbstmeldungen	106	8	/	114	
Summe	420	50	/	470	
Mitbetroffene Kinder	222	212	15	449	
2018 Stand 31.10.2018					Hochrechnung 31.12.2018
Polizeimeldungen	320	66	/	386	463
Selbstmeldungen	77	7	/	84	101
Summe	397	73	/	470	564
Mitbetroffene Kinder	191	217	22	430	516

Es ist zu erkennen, dass ein stetiger Anstieg zu verzeichnen ist.

Frau Dr. Stahlberg interessiert, ob die Problemfälle in der dunklen Jahreszeit vermehrt auftreten. Frau Leddin kann dies nicht bestätigen. Es gibt keine gesonderten Erhebungen dazu.

Frau Kindler erfragt, ob die Polizei durch die absolvierten Schulungen sensibler mit dem Thema häusliche Gewalt umgeht.

Frau Leddin bestätigt dies und erläutert, dass die Interventionsstellen Rostock und Stralsund die meisten Fallzahlen im Land haben. Hier gibt es auch eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Polizei. Über die Schulungen ist man hier gut etabliert.

Das Problem des Einflusses von Alkohol und Drogen spricht Frau Dibbern an und erfragt, ob es hier einen Zusammenhang mit häuslicher Gewalt gibt.

Frau Leddin berichtet, dass sich die Arbeit in diesem Hilfebereich über die Jahre verändert hat, auch die Problemlagen von Betroffenen sind komplexer geworden. Der Alkoholwert ist in manchen Fällen hoch, manchmal jedoch bei 0,0 Promille. In Beziehungen besteht allgemein nach wie vor eine große Bereitschaft zur Gewalt, insbesondere gegenüber Frauen und Kindern.

Frau Friesenhahn interessiert, bis wann nach Bekanntwerden der Gewalttat eine Kontaktaufnahme erfolgt und ob die Beratung von den Betroffenen angenommen werden muss.

Frau Leddin schildert, dass innerhalb von 3 Werktagen eine Kontaktaufnahme mit den Geschädigten erfolgt. Es handelt sich hier um ein freiwilliges Angebot, es muss nicht angenommen werden. Eine telefonische Beratung dauert ca. 30 Minuten, für ein persönliches Gespräch sind ca. 90 Minuten einzuplanen.

Auf Nachfrage von Frau Friesenhahn, wann eine gute Beratung stattgefunden hat, erörtert Frau Leddin, dass sich die Betroffenen gut aufgeklärt fühlen müssen, es wird der Kontakt zum Frauenschutzhaus aufgezeigt, es wird begutachtet, welche Maßnahmen zu Hause zu treffen sind und es wird eine Checkliste für einen Notfallkoffer besprochen.

Zu Frau Friesenhahns Frage nach Wiederholungstätern berichtet Frau Leddin, dass die Wiederholungstäter in den Fallzahlen aufgeführt sind. Für die Polizei ist jeder neue Einsatz ein neuer Fall. Der überwiegende Teil sind jedoch neue Fälle.

Frau Dibbern erfragt, ob die Interventionsstelle bei Bekanntwerden von Gewaltfällen ohne bisherigen Polizeieinsatz auch selbst Anzeige bei der Polizei erstattet.

Frau Leddin macht darauf aufmerksam, dass eine Schweigepflicht besteht. Es kann beim Besprechen der Handlungsoptionen lediglich eine Empfehlung gegeben werden, dass eine Anzeige gerechtfertigt wäre.

Frau Dr. Stahlberg bedankt sich bei Frau Leddin für die umfangreichen Informationen.

zu 4.3 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Cornils stellt ihre Aufgaben als Gleichstellungsbeauftragte vor. Aufgabenschwerpunkte sind unter anderem Mitwirkung bei Vorstellungsgesprächen, Betreuung des Lokalen Bündnis für Familie, Durchführung des Girl's Day sowie die Stralsunder Theatergespräche und die Anti-Gewalt Woche.

Für das Jahr 2019 sind bereits viele Veranstaltungen in Planung, unter anderem zum Internationalen Frauentag.

Innerhalb der Verwaltung nimmt Frau Cornils an Bewerbungsgesprächen teil, die viel Zeit in Anspruch nehmen. Sie arbeitet eng mit dem Personalrat zusammen sowie den Migrations- und Behindertenbeauftragten.

Die finanzielle Verantwortung obliegt Frau Cornils bei den Frauenvereinen wie dem Frauenschutzhaus und der Sundine.

Frau Cornils weist auf den Anteil der Frauen in Führungspositionen hin. Sie ist erfreut, dass 36 Prozent der Führungspositionen in der Verwaltung der Hansestadt Stralsund mit Frauen besetzt sind. Ein Grund für den dennoch geringen Anteil sieht sie bei der Teilzeitproblematik. Es sind 77 Prozent der Frauen in Teilzeit angestellt, dies gestaltet sich bei Führungspositionen als oftmals schwierig.

Frau Dr. Stahlberg dankt für die Ausführungen und wünscht Frau Cornils bei ihrer Tätigkeit weiterhin viel Kraft und alles Gute.

zu 5 Verschiedenes

Da es im nichtöffentlichen Teil keinen Redebedarf gibt, entfallen die weiteren Punkte.

Frau Dr. Stahlberg bedankt sich für die Mitarbeit und beendet die 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Frau Dr. med.
Annelore Stahlberg
stellvertretende Vorsitzende

gez. Madlen Zicker
Protokollführung

Ute und Gerhard Kampschulte
[REDACTED]

18439 Stralsund,
29. August 2018

An den
Präsidenten der Bürgerschaft
Herrn Peter Paul
Rathaus

18439 Stralsund

Verkehr in der Altstadt

Sehr geehrter Herr Paul,

hiermit beantragen und bitten wir darum, dass sich einmal mehr die Bürgerschaft mit dem inzwischen ausufernden Verkehr in der Altstadt befasst.

- Die bestehenden Probleme in der Wasserstraße dürften bekannt sein. Genauso betroffen ist der Fischmarkt. Die Verkehrsdichte und die abendliche und nächtliche Raserei der Verkehrsteilnehmer (Autos und Motorräder) ist nicht länger hinnehmbar. Der Schwerlastverkehr beschädigt die alte (und neuerdings auch neue) Bausubstanz. Genervte Anwohnern, die sich bei der Polizei über den Zustand beschweren, bekommen vom Polizeihauptrevier den Rat, doch mal eine Demo zu machen.
- Ziemlich genau jeden Tag gegen 22.00 Uhr mutiert die Heilgeiststraße Richtung Wasserstraße / Fischmarkt zur Rennstrecke. Dann schließt das Parkhaus am Quartier 17 und die dort ausfahrenden Wagen haben es sehr eilig. Tempolimit und Rücksicht sind dann Fremdworte. Dass auch tagsüber dort das Tempolimit meist nicht eingehalten wird, wissen Sie sicher.
- Jeden Tag gibt es reichlich Konfliktstoff mit Radfahrern, die sich auf dem Bürgersteig fortbewegen und Fußgänger harsch angehen. Erwachsene mit Kinderwagen, Ältere mit Rollstuhl oder Rollator kommen in Not. Die neuerdings aufgestellten Schilder werden zumeist missachtet. Herren im fortgeschrittenen Alter sagen auch schon mal „ich bin Einheimischer, mich betrifft das nicht“. Wir haben beobachtet, dass die Beschilderung weggerückt wird. Am Montag, 27.8.2018 haben wir bemerkt, dass das Am Fischmarkt, vor der Kronlastadie aufgestellte mobile Schild „nur Fußgänger erlaubt“ von der Stange abgeschraubt und gestohlen wurde. Wir haben die Polizei eingeschaltet. Das Schild wurde im Laufe des 28.8. wieder angeschraubt. Kontrollen, ob das Radfahrverbot tatsächlich eingehalten wird, konnten wir leider nicht beobachten.

- Die rücksichtslose Raserei von Radfahrern auf Parkwegen (Franken- und Kniepersteich, Sundpromenade) ist unglaublich. Es wird keine Rücksicht auf Kinder, Erwachsene oder Hunde durch angepasste Fahrweise genommen. Der neu geschaffene Radweg am Knieperwall wird hingegen nicht benutzt.
- Der Verkehr auf der Hafeninsel gleicht einem Chaos. Autos, Radfahrer und eine Menge Fußgänger sortieren sich nur ganz schlecht, zumal die motorisierten Herrschaften meist zu schnell sind.
- In der Altstadt ist es leider üblich, dass Autofahrer ihre Wagen auf dem Bürgersteig parken. Andere, freie Parkplätze werden nicht gesucht. Wenn Fußgänger dann auf der Straße gehen müssen, werden sie von durchfahrenden Autofahrern auf die Seite gehuppt oder gebrüllt. Leider lässt das verwendete Vokabular deutlich zu wünschen übrig.
- Die Filterstraße gleicht nachts und in den frühen Morgenstunden einer Rennpiste. Wir haben das wieder am eigenen Leib erleben dürfen. Wenn wir im Sommer mit offenem Fenster schlafen, werden wir jede Nacht 2 bis 3 Mal wach, weil die durchrasenden Autos einen entsprechenden Lärm verursachen. Von Gesprächen mit Anwohnern wissen wir, dass die Autos bis in die Kleinschmidtstraße rasen.
- Für Lieferverkehr ist die Fußgängerzone zwischen 19.00 Uhr und 10.00 Uhr freigegeben. Neuerdings fahren Privatwagen abends, nachts und morgens durch die Fußgängerzone. Manchen parken vorm Bäcker, Metzger oder Edeka. Kaufen ein und fahren dann weiter. Der Lieferverkehr kümmert sich um die angeordneten Uhrzeiten nicht. Wenn man Fahrer darauf hinweist, bekommt man schon mal den Vogel gezeigt.
- Auch in Frankenstraße und Langenstraße haben wir viel zu schnellen Autoverkehr beobachtet. Nahezu niemand der einheimischen Bevölkerung (Kennzeichen HST und VR) hält sich an das Tempolimit. Wenn mal jemand wirklich Tempo 30 fährt, handelt es sich um einen Urlauber. Eine ältere Dame berichtete uns sogar von nächtlicher Raserei in der Papenstraße (vor der Baustelle um das Hotel Cobi). Autofahrer beachten die Beschilderung für Park- und Halteverbote nicht (Fähr-, Semlower- und Badenstraße).
- Die Hinweisschilder auf Parkhäuser müssen so rechtzeitig angebracht werden, dass der Verkehr sich sortieren kann. Neuerdings ist das Parkhaus am Fährwall oft belegt. Der Rückstau der Fahrzeuge reicht bis zum Theater. Mittendrin in der Misere stehen Anwohner, die nach Hause wollen aber nicht vor und nicht zurückkommen.
- Letzten Endes haben die Damen des horizontalen Gewerbes auch irgendwie mit Verkehr zu tun. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, bieten Prostituierte ihre Dienste im Haus Semlower Straße 37/38 an. Im Haus wohnen auch „normale“ Familien. Sicher ist es nicht angenehm für die Erwachsenen, aber ob die Kinder durch das Zusammenleben wirklich etwas fürs Leben lernen können? Die Streitigkeiten mit den Luden oder Freiern werden oftmals in dem großen Hof ausgetragen, der sich zwischen der Bebauung der Fährstraße und der Semlower Straße befindet. Immer bekommen es alle Anwohner mit, wenn dort gestritten, geschrien oder geprügelt wird. Natürlich ist entsprechend oft die Polizei vor Ort. Damit dort endlich Ruhe

einkehrt, die Damen aber auch ungestört ihrem Gewerbe nachgehen können ist es unerlässlich, diesen Gewerbebezweig in ein Gewerbegebiet umzusiedeln. Das Rotlichtgewerbe mitsamt der kriminellen Energie, die damit verbunden ist, hat in einem reinen Wohngebiet wie der Semlower Straße nichts zu suchen! Dazu gibt es entsprechende Gesetze.

Wir und viele andere, die in der Altstadt wohnen, sind deutlich genervt von der Fülle des Verkehrs und der täglichen und nächtlichen Raserei und der damit einhergehenden Lärmbelästigung. Wir bedauern, dass nicht viel mehr kontrolliert und sanktioniert wird. Das wäre eine wirklich gute und sichere Einnahmequelle für die Stadt.

Warum wird der seit einigen Jahren beschlossene Plan zur Beruhigung der Altstadt nicht umgesetzt? Hier steht eindeutig der Politikerwille dem Bürgerwillen entgegen! Für viele Millionen Euro wurden Knieperwall und Frankenwall für die Umfahrung der Altstadt fit gemacht. Wo sind die Schilder, die das Umfahren der Altstadt anordnen?

Die Städte Goslar und Rothenburg ob der Tauber haben Altstädte, die ebenfalls das Siegel „Weltkulturerbe“ erhielten. Schauen Sie sich entweder vor Ort oder im Internet an, wie dort der Verkehr geregelt ist. Vorbildlich!!!

Wir fordern:

1. Der Oberbürgermeister muss sofort angewiesen werden, das vor Jahren beschlossene Verkehrskonzept Altstadt unverzüglich durch die ihm untergeordneten Ämter umsetzen zu lassen.
2. Beachtung und Einhaltung der Deutschen Straßenverkehrsordnung.
3. **Radfahrverbot** auf Gehwegen, damit sich Fußgänger, Familien mit Kinderwagen und ältere Mitbürger/innen wieder sicher fühlen können und dadurch das Konfliktpotential deutlich gemildert wird.
4. Altstadtgassen, die nur eine bestimmte Breite aufweisen oder nur auf einer Seite einen Bürgersteig haben, in **Einbahnstraßen** umzuwandeln.
5. **Vielfältige Verkehrskontrollen** (Geschwindigkeit und Radfahrer) durchzuführen.
6. Dass die formulierten Kriterien als **Erholungsort** eingehalten werden.

Das Wohnen in einer Stadt ist nichts für Egoisten. Zum guten Zusammenleben muss man aufeinander zugehen und Toleranz zeigen. Bei den geschilderten Konflikten wird es manchmal deutlich, wofür es (auch) geht: Die Zugezogenen. „Die reichen Rentner aus dem Westen, die sich das Wohnen in der Altstadt leisten können“, das hört man schon mal. Schuld daran sind nicht die Zugezogenen, sondern die Preistreiber der Mieten, die hier in den letzten Jahren deutlich an der Schraube gedreht haben. Es liegt in Ihren Händen, ob sich die Bevölkerung weiter an lösbaren Problemen aufreibt oder ob Sie einen Weg finden, eine gute soziale Durchmischung der Wohngebiete hinzubekommen. Bereits heute werden Stadtteile bestimmten Bevölkerungsgruppen zugeordnet. In Grünhufe wohnen zumeist Hartz-IV-Empfänger, in Knieper Nord wohlhabende ältere Menschen usw. Sie, die Politiker in dieser Stadt müssen lernen zu verstehen, dass nur mit einer gesunden sozialen Durchmischung der Stadtteile auch der

soziale Frieden einhergeht. Die Fehler, die eben hier gemacht werden, haben Ihre Parteikollegen schon vor mehr als 20 Jahren z. B. in Frankfurt am Main gemacht.

Wir würden uns wünschen, dass die Stadt den gleichen Elan zur Lösung der Verkehrsprobleme in der Altstadt an den Tag legt, wie die angestrebte Fusion mit Altefähr. Dazu versprechen Sie den Altefährern Bürgern alles Mögliche. Bitte lösen Sie doch zu allererst die Probleme vor der eigenen Haustür!

Für ein Gespräch stehen wir zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. *Gerhard und Ute Kampschulte*

Titel: Fußgänger Querung am Knieper Damm
Einreicher: Andrea Kühl LINKE offene Liste

Federführung: Fraktion LINKE offene Liste	Datum: 10.09.2018
Einreicher: Kühl, Andrea	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

wie die Verkehrsteilnehmer am Knieper Damm besser auf die vorhandene Fußgänger Querung in Höhe Bürgergarten / Kindergarten / Alten – und Pflegeheim, Bushaltestelle aufmerksam gemacht werden können.

Geprüft werden sollen auch eine Temporeduzierung auf 30 km/h sowie auch das Einrichten farbiger Hinweise auf der Fahrbahn.

Der Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung ist in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Begründung:

Die Stelle ist besonders aus Richtung Theater kommend als 90 Grad Kurve schlecht einsehbar. Das Hinweisschild, hinter einem Baum stehend, ist erst sehr spät sichtbar. An dieser Stelle passieren sehr häufig Kinder und ältere Menschen die Fahrbahn.

Andrea Kühl
Fraktionsvorsitzende

TOP Ö 4.3



TOP Ö 4.3

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.3

Fußgänger Querung am Knieper Damm

Einreicher: Andrea Kühl LINKE offene Liste

Vorlage: AN 0087/2018

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

wie die Verkehrsteilnehmer am Knieper Damm besser auf die vorhandene Fußgänger Querung in Höhe Bürgergarten / Kindergarten / Alten – und Pflegeheim, Bushaltestelle aufmerksam gemacht werden können.

Geprüft werden sollen auch eine Temporeduzierung auf 30 km/h sowie auch das Einrichten farbiger Hinweise auf der Fahrbahn.

Der Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung ist in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Beschluss-Nr.: 2018-VI-08-0855

Datum: 20.09.2018

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.3

Auszug aus der Niederschrift über die 08. Sitzung der Bürgerschaft am 20.09.2018

Zu TOP : 9.3

Fußgänger Querung am Knieper Damm

Einreicher: Andrea Kühl LINKE offene Liste

Vorlage: AN 0087/2018

Frau Kühl begründet den Antrag ausführlich.

Herr Adomeit stellt fest, dass man den genannten Bereich durch die 90-Grad-Kurve kaum mit 50 km/h befahren kann.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

wie die Verkehrsteilnehmer am Knieper Damm besser auf die vorhandene Fußgänger Querung in Höhe Bürgergaten / Kindergarten / Alten – und Pflegeheim, Bushaltestelle aufmerksam gemacht werden können.

Geprüft werden sollen auch eine Temporeduzierung auf 30 km/h sowie auch das Einrichten farbiger Hinweise auf der Fahrbahn.

Der Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung ist in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2018-VI-08-0855

für die Richtigkeit der Angaben: gez. König/Gremiendienst

Stralsund, 01.10.2018